

Pressekonferenz – Dienstag, 7. Oktober 2014

## **Vorarlberg gemeinsam gestalten Arbeitsprogramm 2014 – 2019**

mit

**Landeshauptmann Mag. Markus Wallner (ÖVP)**

**Klubobmann LAbg. Johannes Rauch (Die Grünen)**

# Vorarlberg gemeinsam gestalten

**Nach intensiven und konstruktiven Verhandlungen sind ÖVP und Grüne zum Entschluss gelangt, Vorarlberg in den kommenden fünf Jahren gemeinsam gestalten zu wollen. Das vorliegende Koalitionsübereinkommen definiert die Schlüsselprojekte für diese Legislaturperiode und stellt das Gemeinsame über das Trennende. Die Verhandlungsteams haben sich an den Interessen des Landes orientiert und die Parteiinteressen hintan gestellt. So ist es uns gelungen, ein detailliertes und zukunftsorientiertes Arbeitsprogramm zu erstellen, das den Stärken Vorarlbergs Rechnung trägt, diese ausbaut und weiterentwickelt und gleichzeitig die Herausforderungen mutig aufgreift und neue Wege einschlägt.**

Vorarlberg hat sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt. Die Voraussetzungen sind vorhanden, um auch weiterhin eine dynamische und weltoffene Region zu sein: ein großes Potenzial an qualifizierten und engagierten Menschen, eine bildungswillige Jugend, innovative und erfolgreich wirtschaftende Betriebe mit Weltruf, eine Natur- und Kulturlandschaft, um die uns viele beneiden, eine ausgeprägte soziale Gesinnung und ein hohes Maß an freiwilligem Engagement – kurz: Vorarlberg ist ein Land mit großen Zukunftschancen.

Aber natürlich ist auch Vorarlberg mit Herausforderungen konfrontiert. Wir stehen vor großen Aufgaben: die Bewahrung von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, Sicherung des sozialen Ausgleichs, Herausforderungen in der Bildung, in der Migration und auch in der Demographie sowie der Erhalt einer intakten Natur und Umwelt (Klimaschutz).

## Arbeitsprogramm 2014 – 2019 im Überblick

### Finanzen

Die nachhaltige Finanzpolitik Vorarlbergs bildet den Kern der Eigenständigkeit unseres Landes. Diese Politik gilt es weiter zu führen. Die Regierungsparteien sind übereingekommen, den bisherigen Weg der nachhaltigen Finanzpolitik Vorarlbergs fortzuschreiben und keine Netto-Neuverschuldung einzugehen. Gleichzeitig besteht Einvernehmen, dass das Land auch weiterhin keine Spekulationsgeschäfte mit Steuergeld betreiben wird. Auch besteht Einigkeit, dass es zu keiner Veräußerung von Anteilen an Landesgesellschaften kommen wird.

- Keine Netto-Neuverschuldung, keine Spekulation mit Steuergeld, hohe Investitionsquote halten;
- Das Budget wird auf strukturelle Einsparungsmöglichkeiten durchforstet. Dazu gehört die Evaluierung und Überprüfung sämtlicher Förderungen;
- die Verwaltungsreform auf Landesebene wird weiterentwickelt;
- die Finanzströme zwischen Land und Gemeinden werden einer Evaluierung unterzogen;

- Vorarlberg wird seinen Haushalt künftig noch stärker nach den Grundsätzen der Transparenz, Effizienz und weitgehender Vergleichbarkeit gestalten und befürwortet die partnerschaftliche Festlegung österreichweit vergleichbarer Haushaltsregeln.
- Die Landesregierung steht eine Steuerhoheit positiv gegenüber.
- Forderungen an den Bund: Steuerreform (Eingangssteuersatzsenkung, Entlastung des Faktors Arbeit), Verlängerung des Finanzausgleichs bis 2016 und faire Nachfolgeregelung, strukturelles Nulldefizit bis 2016

## **Wirtschaft und Tourismus**

Vorarlberg zählt zu den wirtschaftlichen Top-Regionen in Europa. Die heimische Wirtschaft besticht durch ausgeprägte Wettbewerbsfähigkeit und eine hohe Innovationsbereitschaft. Das vorrangige Ziel der Vorarlberger Landesregierung ist es, diese wirtschaftliche Stärke zu sichern sowie ein zukunftsverträgliches und ressourcenschonendes Wachstum zu gewährleisten. Dafür sind optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und der Abbau von Wachstumshindernissen von allerhöchster Bedeutung. Der gesunde Branchenmix und der starke produzierende Sektor bilden eine hervorragende Grundlage für die Fortsetzung eines wirtschaftlich erfolgreichen Wegs, der Garant für soziale Sicherheit, Beschäftigung und Wohlstand ist ohne die Ökologie aus den Augen zu verlieren. Deshalb hat die Landesregierung ein umfassendes **Standortpaket** geschnürt:

- Schaffung von "Green Jobs" durch Nachhaltiges Wirtschaften,
- Neuausrichtung der Wirtschafts- und Forschungsförderung,
- Wachstumsanreize für EPU's schaffen,
- Bürokratieabbau im Land und auf Bundesebene,
- Schaffung von flächendeckender Breitbandtechnologie (30 Mbit/s bis 2025),
- Betriebsflächenmanagement zur Sicherung ausreichender Betriebsflächen,
- Fortführung der Zielsetzungen und der Maßnahmen der Tourismusstrategie 2020 - damit verbunden sind Maßnahmen zur Verbesserung des Qualitätstourismus
- maßvoller, ökologisch vertretbarer Ausbau der Infrastruktur für den Winter-Tourismus
- Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Tourismus

## **Bildung**

Bildung ist eines der zentralen Zukunftsthemen der Landesregierung – sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Ziel der Landesregierung ist es, allen Kindern gleichermaßen die bestmögliche Bildung und damit optimale Zukunftschancen zu bieten. Ein modernes und zukunftsorientiertes Bildungssystem sichert Chancengerechtigkeit und Leistungsorientierung. Bestmögliche Unterstützung und größtmögliche Selbstverantwortung bedingen einander. Wir fördern Begabte wie Schwächere gleichermaßen und lassen dabei kein Kind zurück. Ziel ist die Verdoppelung der Anzahl der Spitzenschüler/innen und die Halbierung der Anzahl der Risikoschüler/innen. Das Bildungskapitel gehört zu den ambitioniertesten und umfangreichsten des Regierungsübereinkommens. Die Handlungsfähigkeit und der Umsetzungswille zeigt sich auch in der Schaffung eines Ressorts, in dem die Bildungsagenden – vom Kindergarten bis zur Fachhochschule – zusammengeführt werden.

- Förderungen in der Früh- und Elementarpädagogik stärken: Brückenlehrstuhl an der PH, Weiterbildung der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen,
- frühe Sprachförderung wird weiterentwickelt: von niederschwellige Angeboten über Kindergarten bis hin zur Schule; Mitwirkung der Eltern
- Kindergarten stärken: Elternbeiträge sollen sozial gestaffelt werden bis hin zu kostenlosem Zugang für Armutsgefährdete; Verhandlungen über Gehaltsreform der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen
- Weiterhin konsequente Umsetzung des Volksschulpakets
- Auf Basis des Forschungsprojekts wird ein Vorschlag für einen regionalen Schulversuch "Gemeinsame Schule" entwickelt; Umsetzung der Ergebnisse im eigenen Bereich
- Ausbau der Ganztageschule: zumindest Verdoppelung der Klassen
- bessere Inklusion von Kindern mit besonderen Bedürfnissen
- Ausbau der Fachhochschule

## **Beschäftigung**

Eine möglichst hohe Beschäftigungsrate ist ein maßgeblicher Wettbewerbsfaktor für den gesamten Wirtschaftsstandort Vorarlberg und gleichzeitig ein ganz wesentlicher Aspekt der Armutsprävention. Auch die Leistungen des Wohlfahrtsstaates sind auf Dauer nur aufrecht zu erhalten, wenn möglichst viele Menschen beschäftigt sind. Die konsequente Nutzung bestehender Beschäftigungspotentiale aller Altersgruppen ist deshalb ein wichtiger Ansatzpunkt zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen. Die Qualifizierungsbemühungen werden gestärkt und sollen jenen Gruppen zukommen, die sie am meisten brauchen. Mittel- bis langfristig ist es das Ziel, in Vorarlberg Vollbeschäftigung zu erreichen.

- Aufrechterhaltung der Beschäftigungs- oder Ausbildungsgarantie für Jugendliche; Ausbau der Jugendbeschäftigungsprogramme
- die Stärkung der Lehrlingsausbildung,
- Fortführung der Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer/-innen
- Wiedereinstieg erleichtern: Programm "KarenzAktiv" fortführen
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit: verlässliche, leistbare, ganzzährige, ganztägige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote ausbauen
- Initiativen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels (u.a. MINT-Initiative)
- Fortführung des Bildungszuschusses
- Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen

## **Soziales und Armutsbekämpfung**

Vorarlberg kann im Durchschnitt auf einen hohen Lebensstandard verweisen. Dennoch sehen wir uns zunehmend mit gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, die ein abgestimmtes bildungs-, wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitisches Handeln erfordern. Besonderes Augenmerk gilt den Themenfeldern Armutsprävention und Hilfe in Notlagen. Vorarlberg stützt sich dabei auf ein dichtes Netz an Sozialeinrichtungen und Behörden.

- Die sozialpolitische Strategie des Landes soll neu formuliert und die Finanzierung des Sozialsystems langfristig sichergestellt werden.
- Fokus auf die Armutsprävention durch bildungs-, beschäftigungs-, familien- oder frauenpolitische Maßnahmen wie den Ausbau der Kinder- und Schülerbetreuung (Staffelung der Elternbeiträge) oder eine aktive Arbeitsmarktpolitik; besserer Zugang zu leistbarem Wohnraum.
- Direkte Hilfen: Mindestsicherung, Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss, Familien- und Pflegegeldzuschuss sollen aufrechterhalten und eventuell angepasst werden; Entbürokratisierung und Prüfung, ob Abwicklung über One-Stop-Shop möglich ist.

## **Gesundheit und Pflege**

Die Gesundheitsversorgung soll in Vorarlberg weiterhin auf höchstem Niveau, in bester Qualität, nahe bei den Menschen und frei zugänglich sein. Medizinische Versorgung, moderne Behandlungen und Therapien müssen heute, aber auch in Zukunft für alle Vorarlberger/-innen zur Verfügung stehen – in Vorarlberg wird es keine Zweiklassenmedizin geben. Die Verantwortung für den Einsatz der von der Bevölkerung bereitgestellten Steuern und Beiträge verlangt aber auch nach Instrumenten zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der Gesundheitsversorgung. Die Landesregierung respektiert den Wunsch von über 90 Prozent der Bevölkerung, im gewohnten Umfeld alt werden zu können und wird deshalb die Pflege und Betreuung zu Hause weiterhin besonders unterstützen.

- Weiterhin Bildung von Versorgungsschwerpunkten im Spitalsbereich
- Entlastung der Ambulanzen: ambulante Erstversorgungseinheiten, telefonbasierte Erstkontakt- bzw. Beratungsservice
- Besser Vernetzung des niedergelassenen Bereichs mit den Krankenhäusern: Zielsteuerung (bessere Öffnungszeiten, "Primary Health Care")
- Vereinfachung der Spitalsbeitragsfinanzierung und Anstreben einer schrittweisen Umstellung hin zu einer bevölkerungsabhängigen Pauschalierung
- Errichtung eines stationären Hospizes in der Mehrerau
- Sicherung von Fachkräften im Pflege- und Gesundheitsbereich
- Weiterentwicklung des Pflegenetzes
- Einrichtung des Case- und Care-Managements in allen Landesteilen

## **Energie und Umwelt**

Mit der Energieautonomie 2050 hat sich Vorarlberg ein ehrgeiziges energie- und Klimaschutzpolitisches Ziel gesteckt. Das Land Vorarlberg will seine Vorreiterrolle beim Einsatz von Erneuerbaren Energieträgern sowie beim effizienten und sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen gerecht werden. Dadurch soll eine eigenständige, nachhaltige, leistbare sowie sichere Energieversorgung gewährleistet und die verbindlichen, europäischen Klimaschutzziele eingehalten werden.

- Konsequente Umsetzung der "101 enkeltauglichen Maßnahmen"; jährlich soll eine Energieautonomie-Konferenz stattfinden,
- Stromsparoffensive mit Gerätetauschaktion,

- Ausbau von solarthermischen Anlagen: mindestens 500 solarthermische Anlagen pro Jahr
- Ausbau der Anreize zum Austausch von Ölheizungen
- Genehmigungserleichterungen für Solaranlagen
- Ausbau des e5-Programms: 25 Gemeinden mehr in fünf Jahren
- Entwicklung einer Klimawandel-Anpassungsstrategie
- Weiterer Ausbau der Wasserkraft

## **Mobilität und Infrastruktur**

Die Lebens- und Standortqualität einer Region hängt wesentlich auch von seiner Erreichbarkeit ab. Die Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur in Vorarlberg, die in verschiedenen Verträgen zum "Rheintalkonzept" seit Juli 2003 mit Bund und Land vereinbart ist, soll daher weiter vorangetrieben und zum Abschluss gebracht werden. Die Investitionen, die in den kommenden fünf Jahren in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und des Radverkehrs fließen werden, haben ein Volumen von annähernd 300 Millionen. Im Bereich des Straßenverkehrs werden die laufenden UVP-Verfahren fortgesetzt.

- Schienenverkehr und öffentlicher Nahverkehr: Rheintalkonzept, Güterbahnhof Wolfurt, Ausbau Arlbergbahn, Prüfung einer Verlängerung der Montafonerbahn und einer Ringstraßenbahn im unteren Rheintal
- Angebots und Qualitätsverbesserungen: weitere Fahrplan- und Tarifverbesserungen, Qualitätsoffensive mit neuen Garnituren, Fortsetzung der Bahnhofsoffensive; Echtzeit-Fahrgastinformation
- Fahrradverkehr: Radwegenetz für den Alltagsverkehr wird forciert ausgebaut, ebenso die Errichtung von Abstellanlagen bei Verkehrsknotenpunkten.
- Infrastruktur Straße: Anschlussstelle Rheintal Mitte, Stadttunnel Feldkirch, S 18-Nachfolgelösung, Ausbau S 16, Entlastungslösung für Bludenz bzw. Lorüns, Optimierung Anschlussstellennetz

## **Leistbares Wohnen**

Die Schaffung von individuellem Wohnraum zu leistbaren Preisen ist eine der Schlüsselaufgaben für die Landesregierung in den kommenden Jahren. Ziel ist ein qualitätsvolles, sozial gerechtes und leistbares Wohnen für alle. Die Landesregierung setzt deshalb ihre Wohnbauoffensive fort:

- noch stärkere Berücksichtigung der sozialen Rahmenbedingungen der Förderungswerber/-innen bei der Wohnbauförderung
- bis zum Jahr 2019 Bau von pro Jahr zumindest 500 neuen gemeinnützigen Wohnungen
- Wohnbeihilfe wird weitergeführt
- Vereinfachung und Entbürokratisierung der Bauvorschriften
- Mobilisierung leerstehenden Wohnraums
- Verbesserung des Wohnbaustandards in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz zur Kostenoptimierung

- maßvolle Erhöhung der Bebauungsdichte durch Anhebung der Baunutzungszahl zur Stärkung von Ortszentren,
- Umsetzung von Projekten wie "autofreies Wohnen".

## **Familie**

Eine besondere Wertschätzung wird seitens der Landesregierung den Familien in Vorarlberg entgegengebracht. Eine moderne Familienpolitik zeichnet sich dadurch aus, verschiedene Umstände und persönliche Entscheidungen zu respektieren und zu unterstützen – bei der Erziehung der Kinder, in der Arbeitswelt oder auch im Zusammenleben der Generationen. Sie zeichnet sich auch dadurch aus, dass keine Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften erfolgt und dass die gerechte Teilung der Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen unterstützt wird. Diesbezüglich wird die Landesregierung ein ganzes Bündel an Maßnahmen schnüren:

- Ausgewogenes Maß an Geld- und Sachleistungen: Ausbau Kinderbetreuung und Weiterentwicklung der direkten Hilfen (z.B. Familienzuschuss)
- Finanzielle Entlastung: Valorisierung der Familienbeihilfe, bessere Bewertung der Kindererziehungszeiten, steuerliche Entlastung
- Kinderbetreuung: Korridormodell mit sozialer Staffelung bis hin zu kostenlosem Zugang für Armutsgefährdete; Verbesserung der Öffnungszeiten
- Bessere Information über die Familienleistungen
- Weitere Eltern-Kind-Zentren als niederschwelliger Zugang

## **Landwirtschaft**

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist der Landesregierung die weitere Stärkung der Existenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sowie die Umsetzung der Landwirtschaftsstrategie 2020 "Ökoland Vorarlberg – regional und fair". Ziel ist es, die Position Vorarlbergs als Garant für hochqualitative Lebensmittel weiter auszubauen und die bäuerlichen Betriebe in dieser Entwicklung bestmöglich zu unterstützen.

- Umsetzung der Landwirtschaftsstrategie 2020 "Ökoland Vorarlberg – regional und fair": Schaffung von Gütesiegeln und Bio-Marken, Steigerung der Eigenversorgung mit Fleisch und Marktfrüchten aus Vorarlberg, Entwicklung ökologischer Stoffkreisläufe, Verdoppelung des Anteils an Biobetrieben etc.
- Erhalt von Grund und Boden für die Landwirtschaft
- Maßnahmen für extrem benachteiligte Gebiete
- Sicherung einer nachhaltigen Alpbewirtschaftung
- Höhere landwirtschaftliche Ausbildung

## Die künftige Geschäftsverteilung der Vorarlberger Landesregierung

### **Landeshauptmann Mag. Markus Wallner**

- Finanzangelegenheiten, Vermögensverwaltung, Gebarungskontrolle
- Europaangelegenheiten und Außenbeziehungen
- Jugendförderung
- Familienförderung ("Kinder in die Mitte")
- Personal, Regierungsdienste
- Feuerwehren, Hilfs- und Rettungswesen, Katastrophenbekämpfung

### **Landesstatthalter Mag. Karl-Heinz Rüdisser**

- Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
- Hochbau und Gebäudewirtschaft
- Wirtschaftsrecht
- Tourismus
- Verkehrspolitik, Verkehrsrecht
- Wohnbauförderung
- Raumplanung, Baurecht, Gemeindeentwicklung
- Straßenbau
- Telekommunikation

### **Landesrat Ing. Erich Schwärzler**

- Land- und Forstwirtschaft
- Inneres, Sicherheit und Integration
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Energieautonomie und energierelevante Fragen des Klimaschutzes
- Veterinärangelegenheiten
- Tierschutz, Jagd und Fischerei
- Wildbach- und Lawinenverbauung
- Katastrophenfonds

### **Landesrat Dr. Christian Bernhard**

- Gesundheit
- Integrationshilfe, Sozialpsychiatrie und Sucht
- Kultur
- Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz

### **Landesrätin Dr. Bernadette Mennel**

- Gesetzgebung
- Bildung, Schule, Kindergärten
- Schülertagesbetreuung
- Wissenschaft und Weiterbildung
- Sport

**Landesrat Johannes Rauch**

- Entwicklungszusammenarbeit, nationale und internationale Hilfsaktionen, Osthilfe
- Informatik
- Umwelt- und Klimaschutz
- Öffentlicher Verkehr und Mobilitätsmanagement
- Maschinenbau und Elektrotechnik
- Abfallwirtschaft
- Radverkehrsinfrastruktur

**Landesrätin Katharina Wiesflecker**

- Gesellschaft und Soziales
- Sozialfonds
- Mindestsicherung
- Pflegesicherung
- Vorarlberger Sozialwerk
- Frauen und Gleichstellung
- Seniorenförderung